

## **Unterstützungsaktion im Internet läuft weiter**

Lausitzer Sorben und Wenden wollen eigene Volksvertretung  
Klausurtagung der Initiativgruppe „Serbski Sejm“

**Aktivisten der Initiativgruppe „Serbski Sejm“ bemühen sich seit fünf Jahren um eine demokratisch legitimierte Vertretung der gesamten sorbisch/wendischen Bevölkerung in Deutschland. Damit wollen sie dem weiteren Niedergang ihrer nationalen Identität entgegenwirken.**

Von Reinhard Hoffmann

**Bautzen.** Die Initiativgruppe „Serbski Sejm“ geht davon aus, dass sich Sorben und Wenden in Ober- und Niederlausitz in einem seltsamen Schwebestadium befinden. Sie beklagt, „dass viele Menschen in unserem Land meinen, die Zeit der Slawen sei abgelaufen“. Seit mehr als 100 Jahren versucht der Dachverband der Lausitzer Sorben, die Domowina, als Verein deren Interessen zu vertreten. Die Initiatoren des Sejm (Parlament) streben politische Veränderungen an und fordern innerhalb des Grundgesetzes in der Bundesrepublik eine eigenständige sorbisch-wendische, demokratisch legitimierte Volksvertretung auf Augenhöhe mit den Landtagen in Sachsen und Brandenburg. Die Initiativgruppe Sejm arbeitet ehrenamtlich.

### **Unterstützende Gutachten**

Das Anliegen unterstützen Gutachten fünf namhafter Professoren. Bisher haben die etwa 150 Aktivisten den Weg durch die Instanzen gewählt. Dr. Martin Walde, Sprecher der Oberlausitzer Gruppe, nennt für 2014 einen „Runden Tisch“ in Crostwitz, Briefe vom Dezember 2014 an den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten von Sachsen sowie Kontakte zu den Fraktionen von CDU, SPD, Linken und Grünen. Von Januar bis Mai 2016 gab es „Konsultationsgespräche“.

### **An die Domowina verwiesen**

Der Landtag hat die Protagonisten des Sejm zur Klärung „innersorbischer Anliegen“ auf die Domowina, den sächsischen Sorbenrat und sorbische Vereine verwiesen. Der Bundesvorstand der Domowina steht der Bildung eines eigenständigen Parlamentes ablehnend gegenüber. Er stellte als Beitrag zum Dialog einen Katalog mit 17 Fragen auf, die die Aktivisten diskutiert und im Januar 2014 beantwortet haben. „Seitdem herrscht Schweigen“, so Walde. „Auch meine Bitte um ein Statement wurde nicht beantwortet. In der Bevölkerung kommen die Fragen selten an oder sie steht ihnen skeptisch gegenüber. Die meisten Sorben erwarten von beiden Seiten eine Aussöhnung, um gemeinsam einen neuen Weg zu finden. Um das Ziel Sejm breiter bekannt zu machen, wurde via Internet eine Unterstützeraktion gestartet. Im Netz und bei den Initiatoren sind Voten auch weiterhin möglich. Mitte Juni haben im Netz etwa 600 Menschen, davon einige anonym, für Serbski Sejm gestimmt. Zu ihnen gehören viele sorbische Persönlichkeiten, aber keine Mandatsträger der Domowina. In Brandenburg setzte sich die Domowina für die Direktwahl eines Rates für wendisch-sorbische Angelegenheiten ein und warb selbst dafür. Im Raum steht derzeit auch die Forderung nach einem Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Sachsen für Sorbische Volksvertretungen.

Am 11. Juni trafen sich in Nebelschütz Vertreter aus der Ober- und der Niederlausitz, darunter viele Jugendliche, sowie deutsche und polnische Sympathisanten zur Klausurtagung. Konsens war, dass das Anliegen für einen Sejm in Grundsatzdokumenten umfassend dargestellt wurde. In der Beratung gab es auch Übereinstimmung, dass die „Zeit reif sei, den Sejm aufzustellen“.

Heiko Kosel, Rechtsanwalt aus Bautzen und sorbisches Mitglied des Sächsischen Landtages (Linke) schlug vor, in Anlehnung an die bürgerliche Revolution 1848 einen „Vor-Sejm“ aufzustellen, der in nächster Zeit die Arbeit beginnen könne. Vorstellbar ist, 30 „Älteste“ zu gewinnen, die faktisch als Rat der Weisen aus diesem heraus öffentlichkeitswirksam agieren sollen.

Hannes Wilhelm-Kell, amtierender Sprecher der Niederlausitzer, berichtet von Erfahrungen aus Brandenburg, Sie beweisen, dass der für Sachsen angestrebte Weg realistisch und umsetzbar ist. In Brandenburg hatten 2015 etwa 1200 Menschen in einer Briefwahl abgestimmt. Inzwischen ist der „Rat für wendisch-sorbische Angelegenheiten“ in Potsdam eine legitimierte und von Land und Bund anerkannte Institution. Was in Brandenburg geht, sollte auch in Sachsen möglich sein, so alle 15 Teilnehmer der Tagung.